Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8270**

14. Wahlperiode 20. 02. 2002

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch, Petra Bläss, Carsten Hübner, Heidi Lippmann, Wolfgang Gehrcke, Dr. Winfried Wolf, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Bundeswehreinheiten aus der Golfregion zurückziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat mit seiner Entscheidung vom 16. November 2001 der Entsendung von Bundeswehreinheiten im Rahmen der Operation Enduring Freedom zugestimmt. Der Bundeskanzler betonte stets die uneingeschränkte Solidarität gegenüber den USA, in seiner Regierungserklärung vom 19. September 2001 jedoch auch, dass dies nicht die Teilhabe an Abenteuern einschließe.

Die US-Administration ist derzeit offensichtlich damit befasst, eine umfangreiche militärische Operation gegen den Irak vorzubereiten.

Vertreter der UNO, insbesondere deren Generalsekretär, aber auch Vertreter der Europäischen Union, von EU-Mitgliedstaaten und von arabischen Ländern haben wiederholt vor militärischen Eskalationen im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem Irak gewarnt.

Die Aussagen des US-Präsidenten George W. Bush und des US-Außenministers Colin Powell, dass die USA notfalls auch allein im US-Interesse militärisch im Irak handeln werden, lassen deutlich erkennen, dass die USA sich nicht durch Einwände von Partnern, auch nicht von Mitstreitern aus der Anti-Terror-Koalition, beeinflussen lassen.

Die Situation im Irak ist hinsichtlich Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht zu tolerieren. Es gibt aber derzeit keinerlei Beweis für eine Beteiligung des Irak an den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Auch stellt der Irak gegenwärtig keine Bedrohung für die Region dar. Eine militärische Intervention würde die Menschenrechtslage nicht verbessern und eher zu einer instabilen Lage im Irak und in der Region führen. Auch könnte der sich derzeit ohnehin verschärfende Nahost-Konflikt im Gefolge einer militärischen Eskalation im Irak und einer größeren Instabilität in der Region vollends außer Kontrolle geraten.

Eine Militärintervention gegen den Irak ist völkerrechtlich in keiner Weise gedeckt. Bereits die Androhung einer solchen widerspricht der Charta der Vereinten Nationen.

Die Bundeswehreinheiten, die im Zusammenhang mit der Operation Enduring Freedom in der Region handeln, vor allem die in Kuwait stationierten Einheiten, geraten in Gefahr, im Falle eines Krieges der USA gegen den Irak in diese

Auseinandersetzung involviert zu werden. Bereits die Teilnahme an den Manövern gemeinsam mit den US-Truppen in Kuwait könnte als Zustimmung zu einem militärischen Vorgehen gegen den Irak verstanden werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– unverzüglich den Rückzug der in Kuwait stationierten Bundeswehreinheiten einzuleiten,

– Vorbereitungen zu einem baldigen Rückzug aller in der Golfregion stationierten Bundeswehreinheiten zu treffen,

– dem amerikanischen Bündnispartner unmissverständlich die deutsche Ablehnung einer militärischen Aktion gegen den Irak deutlich zu machen und

– mit den Partnern in der Europäischen Union in diesem Sinne eine Abstimmung zu gemeinsamen Positionen vorzunehmen.

Berlin, den 19. Februar 2002

Dr. Dietmar Bartsch
Petra Bläss
Carsten Hübner
Heidi Lippmann
Wolfgang Gehrcke
Dr. Winfried Wolf
Roland Claus und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333